

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Kauch, Angelika Brunkhorst, Horst Meierhofer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/5132 –**

Umweltschutz in Afrika – Gemeinsame Verantwortung für die Erde übernehmen

A. Problem

Die Antragsteller betonen, dass einige Länder Afrikas künftig nicht nur in besonderem Maße durch den Klimawandel betroffen sein werden, sondern auch verstärkt Treibhausgase emittieren würden. Daher müssten sie stärker in den internationalen Emissionshandel einbezogen und Klimaschutzprojekte ausgebaut werden. Dem Erhalt der Biodiversität müsse mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Bundesregierung soll durch den Antrag unter anderem aufgefordert werden,

- ein Innovationspaket für moderne Technologien mit dem Ziel gesteigerter Energieeffizienz und Nutzung erneuerbare Energien in ausgewählten Ländern Afrikas zu initiieren,
- CDM-Projekte auszubauen, um den internationalen Emissionshandel auch in Afrika attraktiver zu machen,
- die afrikanischen Länder verstärkt in technologierelevante Klimaschutzprojekten einzubeziehen,
- Klimaschutzprojekte in der Entwicklungszusammenarbeit und der Außenhandelsförderung zu berücksichtigen sowie das CCS-Mapping voranzutreiben,
- die Biodiversität besser zu schützen, indem die Bestandsaufnahmen zur Artenvielfalt vorangebracht werden, um hieraus klare politische Zielvorgaben abzuleiten,
- die Kenntnisse indigener Völker für den Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung zu berücksichtigen,
- die Abholzung der Tropenwälder durch Systeme der Holzzertifizierung im Sinne einer nachhaltigen Bewirtschaftung zu beeinflussen,
- die illegale Fischerei durch Maßnahmen der Europäischen Union einzudämmen,
- die Wüstenbekämpfung durch präventive Maßnahmen voranzubringen sowie
- im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Aspekte der Hygiene und des Abwassermanagements verstärkt zu beachten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5132 abzulehnen.

Berlin, den 17. Dezember 2008

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Petra Bierwirth
Vorsitzende

Dr. Georg Nüßlein
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Lutz Heilmann
Berichterstatter

Sylvia Kotting-Uhl
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Georg Nüßlein, Frank Schwabe, Michael Kauch, Lutz Heilmann und Sylvia Kotting-Uhl

I. Überweisung

Der Antrag auf Drucksache 16/5132 wurde in der 163. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Mai 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller betonen, dass einige Länder Afrikas künftig nicht nur in besonderem Maße durch den Klimawandel betroffen sein werden, sondern auch verstärkt Treibhausgase emittieren würden. Daher müssten sie stärker in den internationalen Emissionshandel einbezogen und Klimaschutzprojekte ausgebaut werden. Dem Erhalt der Biodiversität müsse mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Bundesregierung soll durch den Antrag unter anderem aufgefordert werden,

- ein Innovationspaket für moderne Technologien mit dem Ziel gesteigerter Energieeffizienz und Nutzung erneuerbare Energien in ausgewählten Ländern Afrikas zu initiieren,
- CDM-Projekte auszubauen, um den internationalen Emissionshandel auch in Afrika attraktiver zu machen,
- die afrikanischen Länder verstärkt in technologierelevante Klimaschutzprojekten einzubeziehen,
- Klimaschutzprojekte in der Entwicklungszusammenarbeit und der Außenhandelsförderung zu berücksichtigen sowie das CCS-Mapping voranzutreiben,
- die Biodiversität besser zu schützen, indem die Bestandsaufnahmen zur Artenvielfalt vorgebracht werden, um hieraus klare politische Zielvorgaben abzuleiten,
- die Kenntnisse indigener Völker für den Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung zu berücksichtigen,
- die Abholzung der Tropenwälder durch Systeme der Holzzertifizierung im Sinne einer nachhaltigen Bewirtschaftung zu beeinflussen,
- die illegale Fischerei durch Maßnahmen der Europäischen Union einzudämmen,
- die Wüstenbekämpfung durch präventive Maßnahmen voranzubringen sowie
- im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit Aspekte der Hygiene und des Abwassermanagements verstärkt zu beachten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5132 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5132 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der

FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5132 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/5132 in seiner 78. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, dass der Antrag die Situation in Afrika korrekt beschreibe und dass viele afrikanische Staaten mit Unterstützung von Geberländern ihre Klimaschutzbemühungen weiter intensivieren müssten. Die Forderungen des Antrages seien jedoch bereits weitgehend durch die Bundesregierung umgesetzt. Afrika bilde einen Schwerpunkt in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, was sich auch durch stetig steigende Haushaltsansätze dokumentiere. Bezogen auf den Wassersektor sei die Bundesrepublik das bedeutendste Geberland. Man habe dort im Jahr 2007 165 Wasserprojekte mit einem Fördervolumen von 842 Mio. Euro unterstützt. Im Bereich von CDM gebe es hingegen durchaus Anlass, über neue Möglichkeiten nachzudenken, um dem Klimawandel effizient zu begegnen und zu verhindern, dass der Emissionshandel in Europa zu einer Deindustrialisierung führe.

Die **Fraktion der SPD** betonte, dass es richtig sei, den Blick in Fragen des Klimaschutzes auch auf Afrika zu richten. Die Bundesregierung sei hier bereits sehr aktiv und man habe die zur Verfügung stehenden Gelder zwischen 2001 und 2005 bereits verdoppelt. Die entscheidende Frage sei jedoch, wie man die Instrumente zum Schutz des Klimas gestalte und ob die Industrienationen bereit seien, im Rahmen von internationalen Klimaschutzabkommen Finanzmittel hierfür zur Verfügung zu stellen. Es sei absehbar, dass durch den Emissionshandel große Geldbeträge eingenommen würden. Diese müssten vollständig in den Klimaschutz investiert werden. Man müsse ferner, wie es der Antrag richtigerweise einfordere, die Einbindung indigener Völker in internationale Verhandlungen verbessern, hier könne man sich eine interfraktionelle Initiative vorstellen.

Die **Fraktion der FDP** betonte, dass Afrika für die Erreichung internationaler Klimaschutzziele von herausragender Bedeutung sei. Im Bereich von CDM habe man in Afrika bisher kaum Erfolge erzielen können. Hier müssten insbesondere durch bilaterale Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und ausgewählten afrikanischen Ländern Verbesserungen erreicht werden. Nach Verabschiedung des Klima- und Energiepaketes der EU müssten insbesondere solarthermische Kraftwerke in Nordafrika errichtet werden. Die Bundesregierung müsse das Potential des Imports von Strom aus erneuerbaren Energien stärker beachten und gezielt entsprechende Projekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit fördern. Im südlichen Afrika müsse das CCS-Mapping, wie bereits in China, ausgebaut werden. Der illegale Holzeinschlag und die illegale Fischerei müssten durch intensivere Verfolgung eingedämmt und die betroffenen Staaten hierbei durch die Europäische Union unterstützt werden. Die stärkere Einbindung indigener Völker in Naturschutzprojekte sei anzustreben und hierbei auch deren Menschenrechtssituation im Auge zu behalten. Für die Verbesserung der Wasserversorgung solle man darauf hinwirken, verstärkt privates Kapital einzusetzen und die häufig anzutreffenden staatlichen Monopole aufzubrechen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, dass im Zentrum des Antrags offensichtlich wirtschaftspolitische Interessen stünden, die durch klimapolitische Ausführungen kaschiert werden sollten. Afrika stoße lediglich drei Prozent des globalen CO₂ aus. Die Rolle der internationalen Konzerne beim Raubbau an den afrikanischen Ressourcen werde im Antrag nicht thematisiert. Europäische Firmen seien sowohl am Tropenholzhandel wie auch am illegalen Fischfang beteiligt und trügen damit zum Verlust der Artenvielfalt bei. Durch den Ausbau von CDM-Projekten solle lediglich der Druck auf die heimischen CO₂-Emittenten verringert werden. Die Fraktion DIE LINKE. trete hingegen für eine strikte Grenze bei der Anrechenbarkeit

von CDM-Projekten ein. Skeptisch sehe man auch die Forderung zum Ausbau von CCS-Projekten in Afrika, da die Marktreife der Technologie auch in 20 Jahren noch nicht feststehe und die Frage, ob eine nachhaltige Waldwirtschaft durch Holzzertifizierung erreicht werden könne, beantworte man ebenfalls negativ.

Die **Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, dass nach ihrer Auffassung seitens der Bundesregierung noch immer großer Handlungsbedarf herrsche und die Bundesrepublik ihre Vorreiterrolle in Fragen des Klimaschutzes zu verlieren drohe. Der Antrag enthalte eine Reihe guter Ansätze, z.B. zur Frage der Einbindung indigener Völker in multilaterale Verhandlungen. In zwei Punkten habe man gegenüber den Forderungen der Antragsteller gravierende Vorbehalte. Zum einen könne man dem Vorhaben, eine CO₂-Reduzierung über eine 50prozentige Anrechnung von CDM-Projekten zu realisieren, nicht zustimmen. Es sei ein falsches Signal der Industrieländer, die Einsparziele nicht im eigenen Einflussbereich zu realisieren. Zum anderen sei es nicht zielführend, gerade in Ländern mit hoher Sonneneinstrahlung oder Potential zur Gewinnung von Energie aus Windkraft auf CCS-Projekte zu setzen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/5132 abzulehnen.

Berlin, den 17. Dezember 2008

Dr. Georg Nüßlein
Berichtersteller

Frank Schwabe
Berichtersteller

Michael Kauch
Berichtersteller

Lutz Heilmann
Berichtersteller

Sylvia Kotting-Uhl
Berichterstellerin